

## **IV. Soziale Absicherung - Basis einer menschenwürdigen Gesellschaft**

### **Soziale Sicherung für Erwerbslose und Erwerbsunfähige**

Die WASG setzt einen ihrer Schwerpunkte in den Erhalt, die Sicherung und die Stärkung aller sozialen Systeme und sozialen Ausprägungen unserer Gesellschaft und verurteilt die unsoziale Abwälzung gesellschaftlicher Probleme auf die Schwächsten. Die Stärke eines Staates und eines Landes zeigt sich eben auch und gerade dadurch, wie diese Gesellschaft mit ihren schwächeren Mitgliedern umgeht. Ausgrenzung von Teilen der Gesellschaft, Privatisierung von und Profitorientierung bei Grundbedürfnissen der Daseinsvorsorge sind der völlig falsche Weg.

Hartz IV ist der aktuelle Höhepunkt der neoliberalen und menschenverachtenden Politik. Sie schließt Millionen Menschen von der gesellschaftlichen Teilhabe aus und setzt sie äußerst entwürdigenden Lebensumständen aus. Statt Arbeit gibt es Sanktionen für jedes noch so kleine Fehlverhalten. Fordern ohne Fördern. Dabei ist es offensichtlich, dass sich das Problem der Arbeitslosigkeit nicht durch verstärkten Druck auf die Arbeitslosen lösen lässt: Wir haben derzeit etwa 430.000 offene Stellen. Davon sind ein hoher Prozentsatz Jobs, von denen man nicht leben kann. Demgegenüber stehen nicht nur die offiziellen Zahlen der Arbeitslosen von fünf Millionen, sondern auch all jene Arbeitssuchende, die aus den verschiedensten Gründen „aus der Statistik gefallen“ sind und nicht als arbeitslos „zählen“.

Durch hohe Arbeitslosigkeit sind Beschäftigte erpressbar und gegeneinander ausspielbar. Die Folgen sind weiteres Lohndumping, noch unverschämtere Erpressung von Belegschaften und weiterer Arbeitsplatzabbau. Dies führt zu zunehmenden statt sinkenden Kosten und einem weiteren Rückgang der Inlandsnachfrage. Mehr Arbeitsplätze sind so nicht zu erreichen. Die Engpässe in den Staatsfinanzen, die sogenannten „leeren Kassen“, mit denen der umfassende Sozialabbau gerechtfertigt wird, sind hausgemacht. Durch unnötigen und wirkungslosen Verzicht auf Steuereinnahmen zugunsten der Konzerne und Besserverdienenden ist der Staat immer mehr verarmt. Das Argument „Die Kassen sind leer“ wird von den politisch Verantwortlichen dazu missbraucht, unser soziales Sicherungssystem weiter auszuhöhlen und langfristig zu zerstören. Die WASG fordert die Rücknahme von Hartz IV und eine Abkehr von dieser sowohl menschlich als auch ökonomisch untragbaren Sozialpolitik. Solange Hartz IV noch nicht Vergangenheit ist, fordern wir von den ARGEn des Landes - den „Arbeitsgemeinschaften für Arbeitslosengeld II“ - die Betroffenen fair und menschenwürdig zu behandeln und von ihrer erpresserischen Sanktionspolitik Abstand zu nehmen. Wir fordern kurzfristig Ergänzungsgesetze auf Landesebene, die die Mängel des Bundesgesetzes vermindern. Die Pläne der neuen Koalition, Hartz IV weiter zu verschärfen, lehnen wir strikt ab.

Wir fordern die sofortige Abschaffung der in einer Grauzone von Recht und Gesetz geschaffenen Ein-Euro-Jobs in den Körperschaften und die Verhängung von Sanktionen gegen Körperschaften bei Verzögerungen und weiteren Verstößen. Ohne Rücksicht auf die Konsequenzen bauten Kommunen und andere öffentliche Körperschaften reguläre Beschäftigungsverhältnisse ab und ersetzten diese durch 1 €Jobs. Da dies gesetzlich verboten ist, wurde das Auslaufen der zeitlich befristeten Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst ausgenutzt. Die Vorschrift, dass die ersetzte reguläre Tätigkeit dann in den folgenden zwei Jahren nicht ausgeführt werden darf, wurde wissentlich überlesen.

Die WASG tritt für die konsequente Umwandlung von Ein-Euro-Jobs und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse ein. So können sowohl die Belastungen für die öffentliche Hand als Gesamtheit gesenkt, als auch die Einnahmen der Sozialkassen erhöht und die Lohnnebenkosten abgesenkt werden.

Wir fordern die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, gestaffelt nach Beitragsjahren, und die Beibehaltung einer anschließenden Arbeitslosenhilfe, die am früheren Einkommen ansetzt und die durch erheblich großzügigere Regelungen zur Anrechnung von Partnereinkommen und Vermögen gekennzeichnet ist als derzeit.

Alle haben einen Anspruch auf eine Grundsicherung, die ein menschenwürdiges Leben in dieser Gesellschaft ermöglicht. Zur Vermeidung von Armut fordern wir für alle im Bedarfsfall (bei Erwerbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit oder im Alter eine gesetzliche Mindestsicherung. Einmalbeihilfen in besonderen Fällen müssen wieder eingeführt werden.

Zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung als gesetzliche Pflichtversicherung müssen auch Selbstständige und Beamte beitragen. Die Finanzierung von Arbeitslosengeld soll grundsätzlich aus Beiträgen erfolgen, deren Höhe auch maßgeblich für die Höhe der Unterstützungsansprüche ist. Zusätzliche Ausgaben der Arbeitsmarktpolitik wie Qualifizierung und die Mindestsicherung sind aus Bundesmitteln und damit durch alle Steuerpflichtigen zu finanzieren.

Bestandteil neoliberaler und rein marktorientierter Politik innerhalb der komplexen Strukturen einer global industrialisierten Wirtschafts(un)ordnung ist es, sämtliche Lebensrisiken auf den einzelnen Menschen abzuladen. Dieser Politik stellen wir ein Gesellschaftsmodell der Solidarität entgegen. Nur innerhalb einer geordneten, verlässlichen und solidarischen Gesellschaft ist es jedem Menschen möglich, sich mit all seinen Stärken und Schwächen zu entwickeln und seinen Beitrag für die Allgemeinheit zu erbringen, sowie in den unterschiedlichen Lebensabschnitten vorhandene soziale Rahmenbedingungen zu erhalten, auszubauen und zukunftsorientiert zu gestalten.

## **Gesundheit ist keine Ware**

Das Gesundheitswesen steckt in einer tief greifenden Umbruchphase. Im Mittelpunkt steht nicht mehr das Wohl der Patienten und das Vertrauensverhältnis von Arzt und Patient, sondern die Senkung der Lohnnebenkosten durch immer mehr Eigenbeteiligungen, Reduzierung der Leistungen, Verkürzung der Krankenhausaufenthalte, Einführung der Fallpauschalen und Schließung von Krankenhäusern oder ihre Privatisierung. Alles wird ökonomischen Gesichtspunkten untergeordnet. Studien zeigen auf, dass das Geschäft mit vermögenden Patienten in „Wellness-Krankenhäusern“ boomen wird. Auf der Strecke bleibt die gute medizinische Versorgung für den „Normalpatienten“.

Aber nicht nur die Patienten sind die Leidtragenden dieser Entwicklung, auch für die Ärzte, Pflegefachkräfte und andere Mitarbeiterinnen sind diese Veränderungen mit Stellenabbau, Lohnkürzungen und einer extremen Arbeitsbelastung verbunden.

Wir fordern ein Ende der Ökonomisierung unseres Gesundheitswesens. Gesundheit ist ein hohes Gut und keine Ware. Die Privatisierung der Krankenhäuser muss gestoppt werden.

Die Mittel für die Krankenhäuser werden vom Land weiter zurückgefahren. Wurden im Jahr 2003 vom Land noch 331,7 Millionen für Instandhaltung und Investitionen zur Verfügung gestellt, sollen es im Jahr 2006 nur noch 163,8 Millionen sein. Der Krankenhausplan des Landes sieht vor, dass bis zum Jahr 2010 weitere 8.000 Betten abgebaut werden. Dabei gibt es bereits jetzt bei vielen Operationen Wartezeiten von bis zu einem Jahr. Wegen der demographischen Entwicklung rechnet das Statistische Landesamt mit einer Zunahme der Behandlungstage um 30 % von 2002 bis 2030 (Statistisches Monatsheft 8/2005). Wird

weiterer Bettenabbau und die weitere Schließung von Krankenhäusern betrieben, bekommen wir einen Versorgungsnotstand.

Die WASG lehnt den Krankenhausplan des Landes ab. Wir fordern mehr Mittel für die Krankenhäuser. Wir verlangen die Rückführung der Unikliniken in Landesbetriebe und die Rücknahme der Teilprivatisierungen. Wir wollen eine wohnortnahe Krankenhausversorgung und Schwerpunktkliniken für schwere Erkrankungen und Verletzungen. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten in den Krankenhäusern, die sich gegen Lohnabbau, Stellenstreichungen und Privatisierungen wehren. Die WASG war die einzige Partei in Baden-Württemberg, die sich mit dem Streik an den Unikliniken solidarisch erklärte. Wir unterstützen die Ärzte im Kampf um kürzere Arbeitszeiten und eine bessere Bezahlung. Wir sind der Meinung, dass auch die Pflegekräfte und Arbeiterinnen im Krankenhaus unterbezahlt sind und ihre Löhne erhöht werden müssen.

Die Einführung der e-Card lehnen wir ab, sie ist bei den von uns angestrebten Reformen überflüssig.

Große Einsparpotenziale gibt es bei der Medikamentenversorgung. Es ist nicht akzeptabel, dass in Deutschland die Medikamente erheblich teurer sind als in allen anderen europäischen Staaten. Als ersten Schritt wollen wir die Positivliste, für die die Wirksamkeit eines Medikaments nachgewiesen werden muss, andernfalls darf es nicht für den Verkauf zugelassen werden.

Wir wollen ein Gesundheitswesen mit folgenden Zielsetzungen:

- Verstärkung der Vorsorge durch eine bessere Vergütung entsprechender Leistungen, Stärkung der Stellung des Hausarztes als Gesundheitsberater und Sammelpunkt aller notwendigen, medizinisch relevanten Informationen
- Verbesserung des Informationsflusses zwischen Hausarzt, Facharzt, öffentlichem Gesundheitsdienst und Krankenhaus, um eine bestmögliche und kostengünstige Behandlung zu gewährleisten
- Erhaltung einer wohnortnahen, stationären Versorgung mit Schwerpunktkliniken für schwere Erkrankungen und Verletzungen
- Übergeordnete Bedarfsplanung, um Über-, Unter- oder Fehlversorgungen zu vermeiden
- Deutliche Reduzierung der sehr großen Anzahl von Krankenversicherungen, um den Verwaltungsaufwand, insbesondere bei der Leistungsabrechnung zu reduzieren
- Übernahme aller Kosten für Vorsorge- und Behandlungskosten, einschließlich aller Medikamente, nicht nur der wegen Nebenwirkungen verschreibungspflichtigen Präparate und Abschaffung der Praxispauschale

Erforderlich ist auch eine Verbesserung der Einnahmenseite der Krankenversicherungen. Das Problem ist nämlich nicht eine „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen, sondern die rückläufigen Einnahmen wegen sinkender sozialbeitragspflichtiger Beschäftigten. Neben unseren Vorschlägen zur Senkung der Arbeitslosigkeit und der Einführung von Mindestlöhnen wollen wir die Einbeziehung aller Beschäftigten in die gesetzliche Krankenversicherung. Wir wollen eine solidarisch, paritätisch finanzierte Bürgerversicherung, in die alle entsprechend ihrem Einkommen Beiträge entrichten, aber alle auf dieselben Leistungen ein Anrecht haben. Wir wollen keine Ausweitung der Zweiklassenmedizin, sondern ihre gänzliche Überwindung. Damit wird auch eine Verbesserung des Gesundheitszustandes ärmerer Bevölkerungskreise, insbesondere der Mitbürgerinnen in den sozialen Brennpunkten und ihrer Kinder möglich.

Die Beteiligung der Arbeitgeber an den Sozialkosten wollen wir von einer reinen lohnbezogenen Berechnung auf eine Beteiligung in Abhängigkeit der Höhe der Wertschöpfung umstellen. Dies senkt die so genannten Lohnnebenkosten ohne Sozialabbau.

### **Verbesserung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)**

Der öffentliche Gesundheitsdienst ist ein wichtiger Zweig der Gesundheitsfürsorge. Gerade in Baden-Württemberg wurde in den letzten zehn Jahren kontinuierlich und in erheblichem Umfang qualifiziertes ÖGD-Personal eingespart und so die Leistungsfähigkeit des ÖGD deutlich vermindert. Auch durch die baden-württembergische Verwaltungsreform hat der ÖGD an Bedeutung eingebüßt. Gerade für die ärmeren Teile der Bevölkerung hat der ÖGD aber besondere Bedeutung. So sollten nicht nur alle zukünftigen Schulanfänger bereits während des Kindergartenaufenthaltes vom ÖGD gründlich kinderfachärztlich untersucht werden. Erwartet werden vom ÖGD auch die Veröffentlichung von Impfberichten, Gesundheitserhebungen und die jährliche Untersuchung aller sonst nicht ärztlich versorgten Kleinkinder bis zur Einschulung. Weitere dringliche Aufgaben sind die schulärztliche Betreuung, in enger Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Schulsozialarbeiterinnen. Diesen Aufgaben ist der ÖGD nur gewachsen, wenn zukünftig eine ausreichende Personalausstattung gewährleistet wird.

### **Das Alter genießen – mit sicheren und auskömmlichen Renten**

Die gesetzliche Rente auf der Grundlage des Umlageverfahrens ist auch für die Zukunft die einzig zuverlässige Alterssicherung. Nur so können Altersarmut verhindert und der erarbeitete Lebensstandard gesichert werden. Für diejenigen, die aufgrund längerer Erwerbslosigkeit oder Familienphasen, prekärer Beschäftigung oder geringer Löhne keine ausreichend hohen Rentenansprüche erworben haben, fordern wir eine aus Steuermitteln ergänzte Rente, die den Forderungen nach einem gesicherten Lebensunterhalt und der Ermöglichung der Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben genügt. Die jeweils geltende Armutsschwelle darf dabei nicht unterschritten werden.

Die aktuellen Finanzprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung sind nicht durch einen wachsenden Altenanteil bedingt, sondern durch die hohe Arbeitslosigkeit sowie wegen der abnehmenden sozialbeitragspflichtigen Beschäftigung. Zukünftige Verschiebungen im Altersaufbau können und müssen solidarisch von allen Generationen getragen werden. Auch aus diesem Grund sind das von uns geforderte Zukunftsinvestitionsprogramm und die Lösung der ökologischen Probleme von größter Wichtigkeit. Denn nur durch zusätzliche Leistungen, die wir jetzt erbringen, solange die geburtenstarken Jahrgänge noch im Erwerbsleben stehen, können wir die kommenden geburtenschwachen Jahrgänge entlasten. Dann kann ein maximaler Beitragsatz von 22 Prozent kein Dogma sein. Die Aufforderung zur Eigenvorsorge durch Kapitalbildung ist der falsche Weg, weil dadurch die geburtenschwachen Jahrgänge nicht wirklich entlastet werden. Statt einer höheren Rentenbeitragsleistung haben sie dann höhere Belastungen für die Finanzierung der Kapitalzinsen.

Zusätzlich führt das verstärkte Sparen für die private Alterssicherung zu einem weiteren Rückgang der Inlandsnachfrage, und dadurch heute zu einer Destabilisierung der Wirtschaft.

Durch die Rentenkürzungen der letzten Zeit und die Einführung eines so genannten Nachhaltigkeitsfaktors, durch den die Renten in Zukunft systematisch hinter der Entwicklung

der Nettoeinkommen der Beschäftigten zurückbleiben sollen, werden die Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung einseitig auf die Rentnerinnen und Rentner abgewälzt. Die WASG lehnt dies ab.

Wir wollen, dass die Menschen auch künftig spätestens mit 65 Jahren in Rente gehen können. Eine Anhebung der Rentenaltersgrenze ist angesichts der hohen Arbeitslosigkeit gerade unter den Älteren und der gesundheitlichen Belastungen im Arbeitsleben absurd.

Wir wollen die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die allgemeine gesetzliche Rentenversicherung, also auch die Einbeziehung aller Selbstständigen, Freiberuflerinnen und Freiberuflern, Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Beamtinnen und Beamten. Hierbei werden längere Übergangszeiten erforderlich sein. Die WASG fordert die anteilig gleichmäßige Belastung aller Einkommen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit.

Wir beharren auf einer paritätischen Finanzierung der Rentenbeiträge, die jedoch wie bei der Finanzierung der Krankenkassenbeiträge die Wertschöpfung in die Berechnung mit einbezieht. Die kapitalgedeckte, private Altersvorsorge soll nur eine ergänzende Rolle zur Verbesserung des Lebensstandards im Alter spielen, die jedoch nicht weiter durch öffentliche Mittel gefördert wird.

Die WASG fordert die Erweiterung von Anrechnungszeiten für die Geburt von Kindern und die Rücknahme der Nachbesteuerung der Rente. Die Besteuerung darf sich nur auf die Ertragsanteile der Rente und der Lebensversicherungen beziehen.

Die WASG tritt für die Förderung von Baumaßnahmen für altersgerechte Wohnungen ein, damit möglichst lange ein eigenständiges Leben möglich wird. Bei der Pflege wollen wir die ambulante und häusliche Pflege mit entsprechender Unterstützung fördern. Zum Abbau des Pflegenotstands sind umfassende Investitionen in Infrastruktur und Personal notwendig; gut ausgebildetes und angemessen bezahltes Personal wird große Motivation einbringen.

### **Die Förderung der Familien ist eine Zukunftsinvestition**

Eine radikale familienpolitische Struktur- und Bildungsreform ist dringend erforderlich. Begabung, Ausbildung, Leistungsfähigkeit und Zahl unserer Kinder entscheiden über die Zukunft unseres Landes. Die materielle Situation vieler Familien hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten dramatisch verschlechtert. Schon eine vierköpfige Familie mit Durchschnittsgehalt lebt im Jahr 2000 am Existenzminimum. Durch Familienarmut und die fehlenden Bildungsanstrengungen wird unser Humanvermögen nachhaltig beschädigt.

Familien werden in Deutschland seit Jahrzehnten finanziell ungerechtfertigt überlastet, ja regelrecht ausgebeutet. Dies wird von allen etablierten Parteien konsequent verschwiegen. Familienpolitik, die Verhinderung von Familien- und Kinderarmut sind keine aktuellen Themen, und die Aktivitäten beschränken sich seit jeher auf familienpolitische Rhetorik. Insgesamt wird Familie von der Mehrzahl der Politiker als Randgruppenproblem betrachtet. Die Verwirklichung des Kinderwunsches darf nicht länger am Armutrisiko scheitern, und der Wunsch nach Kindern und gleichzeitiger Berufstätigkeit muss erfüllbar sein. Bei der Abwägung, ob die steuerliche Entlastung der Familien mit Kindern oder die Erhöhung des Kindergeldes der richtige Weg ist, entscheidet sich die WASG klar für ein höheres Kindergeld, das den Kosten der Kindererziehung entspricht. Eine schrittweise Anpassung wird angestrebt. Die Kosten liegen über 400 Euro monatlich. Die Gegenfinanzierung hat weitgehend durch eine Steuerreform zu erfolgen.

Auf der Leistungsseite der Altersversorgung sind Verluste durch Kindererziehungszeiten in voller Höhe auszugleichen. Maßnahmen der **Familienförderung** beinhalten auch die Verbesserung der gesellschaftlichen Ganztagskinderbetreuung in Kindertagesstätten und

Ganztagsschulen.

### **Kinderarmut in einem reichen Land**

Die brennenden Vorstädte im Frankreich des November 2005 zeigen, dass die Gesellschaften der reichen Staaten tief gespalten sind. Auch bei uns in Baden-Württemberg sind in wenigen Jahren ähnliche krisenhafte Entwicklungen möglich, wenn nicht eine energische Kehrtwende eingeleitet wird.

Kinder und Jugendliche in den sozialen Brennpunkten unserer Großstädte leben in ungünstigen Verhältnissen, die ihre physische und geistige Entwicklung nachhaltig behindern, ihre schulischen Möglichkeiten beeinträchtigen und ihre Lebensperspektive erheblich einengen. Kinderarmut in Deutschland hat enorm zugenommen. 1,7 Mio. Kinder sind Sozialhilfeempfänger, siebzehnmal mehr als 1981. Kinderarmut ist aber nicht allein ein Problem unzureichender finanzieller Förderung von Kindern und Familien, es sind auch unzureichende Bildung und Erziehung dieser Kinder von Seiten überforderter bildungsferner, oft auch kranker Eltern. Zudem erweist sich auch das typische Unterschichten-TV als ein sehr schlechter Erzieher - es bildet nicht, sondern bildet nur trostlose Perspektivlosigkeit ab. Kinderrechte und Elternpflichten sind hier jedenfalls kein Thema. Diese erheblichen Mängel können teilweise durch sehr frühe gesellschaftliche Intervention, durch gesellschaftlich organisierte Bildung und Erziehung vom Krippenalter an, kompensiert werden. Insbesondere die letzten beiden Jahre des Besuchs einer Kindertagesstätte und das erste Grundschuljahr sind von großer Bedeutung für den Versuch, Schulerfolg und Perspektiven von der sozialer Herkunft abzukoppeln und Kindern und Jugendlichen aus armen Verhältnissen wirkliche Perspektiven zu geben.

Nicht selten lassen Eltern ihre Kinder öffentliche Einrichtungen wie Kinderkrippen und Kindertagesstätten nicht besuchen, sie vermeiden aus unterschiedlichen Gründen auch jeden Kontakt zu Ärzten und Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD); für diese Kinder gibt es weder Vorsorgeuntersuchungen mit den obligatorischen Untersuchungen von Sprache und Teilleistungen, noch Impfungen. Wir fordern daher, dass jedes Kind bis zur Einschulung regelmäßig jährlich, überprüfbar, einem Kinderarzt des ÖGD vorgestellt werden muss, um insbesondere die Versorgungssituation genauer zu untersuchen und den Entwicklungsstand des Kindes festzustellen. Bei den älteren Kindern soll die Schulpflicht zukünftig - gerade im Bereich sozialer Brennpunkte - wieder ernst genommen und verantwortungslose Eltern nachhaltig verwarnt werden.

Wir fordern für die soziale Brennpunkte unserer Großstädte: Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen beenden - Verwahrlosung verhindern - Bildung und Erziehung ermöglichen - Gesundheit verbessern.

### **Obdachlosen die Würde zurückgeben**

Im Jahre 2003 suchten in Deutschland 143 000 alleinstehende Wohnungslose Hilfe in den Einrichtungen der freien Wohlfahrtsverbände; 30 % von ihnen leben ganz ohne Unterkunft auf der Straße - überwiegend Männer im Alter über 40 Jahren. Häusliche Konflikte, Scheidung, Trennung, Verlassen der Herkunftsfamilie und bei Frauen häusliche oder familiäre Gewalt sind die entscheidenden Auslöser des Wohnungsverlustes. Mietschulden sind in der Regel der formale Auslöser der Wohnungslosigkeit.

Als Folge der Gesundheitsreform werden Wohnungslose seit zwei Jahren weitgehend von jeder medizinischen Behandlung ausgegrenzt, da sie in der Regel weder die Praxisgebühr noch die notwendigen Zuzahlungen leisten können.

Für Wohnungslose, die sesshaft werden wollen, müssen genügend Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Auch Qualifizierungsmöglichkeiten sollten ihnen angeboten werden. Es muss alles versucht werden, junge Wohnungslose wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern; dies erfordert Nachqualifizierung und die konsequente Behandlung von Suchterkrankungen. Ältere alleinstehende Wohnungslose müssen in Wohn- oder Altersheimen betreut werden. Alle Wohnungslosen haben einen Anspruch auf ärztliche Behandlung, nicht nur in Caritas-Pflasterstuben. Praxisgebühr und Zuzahlungen müssen bei Wohnungslosen entfallen.